



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2011/09766**
Datum: 28.04.2011
Bezug-Nummer.
HHStelle/Kostenstelle: 1.0010.650000/
0100.7000
Verfasser: Oberbürgermeisterin
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.04.2011	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	14.06.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen (Vorlage: V/2011/09659)

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, den Antrag in zwei inhaltlich getrennte Teile anzunehmen:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle zum „Bündnis für eine soziale Stadt“.
2. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, sich gegenüber dem Bund für eine Rücknahme der Kürzungen bei der Städtebauförderung insgesamt einzusetzen.

gez. Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Begründung:

Der Antrag befasst sich mit zwei Themen der Städtebauförderung die zwar inhaltlich zusammen gehören, aber aus Sicht der Verwaltung besser in zwei separaten Beschlüssen fassbar wären. 1. Der Erhalt des Programms Soziale Stadt, dessen inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung sowie den Beitritt zum „Bündnis für eine soziale Stadt“ 2. Die finanzielle Ausstattung der Städtebauförderung insgesamt.

1. Beitritt zum „Bündnis für eine Soziale Stadt“

Das Programm Soziale Stadt ist durch seinen ursprünglichen Ansatz der Verknüpfung von investiven baulichen Maßnahmen und nicht investiven, begleitenden Projekten sehr gut geeignet um in Stadtteilen, die sehr stark von den Folgen des demografischen Wandels betroffen sind, eingesetzt zu werden. Das Programm füllt durch seine Ausrichtung eine Lücke, die mit den „klassischen“ Förderprogrammen der Stadtsanierung, des städtebaulichen Denkmalschutz sowie Stadtumbau Ost Abbruch und Aufwertung nicht abgedeckt wird und ist damit auch für Gebiete geeignet in denen komplexe strukturelle Problemlagen erkennbar sind, die über reine städtebauliche Mängel hinausgehen.

Die Stadt Halle hat mit dem Stadtteil Halle Neustadt einen sehr großen und für das städtische Gefüge sehr wesentlichen Stadtteil der mit dem Jahr 2008 (nach Ablauf der Urban 21 Förderung 2001-2008) vollständig in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde. Die Programmkürzungen bedeuten praktisch, dass über die bereits bewilligten Mittel hinaus bis 2013 keine weiteren Fördermittel zur Verfügung stehen werden. Außerdem stünde bei einem grundsätzlichen Auslaufen des Programms Soziale Stadt kein Förderprogramm mehr zur Verfügung, welches perspektivisch in Stadtteilen mit einer engen Verknüpfung von sozialen und städtebaulichen Problemstellung angewandt werden könnte.

Aus den genannten Gründen befürwortet die Verwaltung den Erhalt des Programms Soziale Stadt als einem wesentlichen Baustein der Städtebauförderung und die darauf ausgerichtete Arbeit des „Bündnis für eine Soziale Stadt“. Durch den Beitritt zu dem Bündnis könnte die Stadt auch die aufgeführten inhaltlichen Zielstellungen zum Programm in dieses Forum einbringen.

2. Rücknahme der Kürzungen der Städtebauförderung

Der Deutsche Städtetag hat den Bund in einer Presseerklärung vom 10. Februar 2011 aufgerufen, die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 nach den Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 – also auf insgesamt 610 Millionen Euro – zu erhöhen.

Dies betrifft sowohl die soziale Stadt als auch alle anderen Programme der Städtebauförderung.

Grundsätzlich ist das gesamte Gefüge der verschiedenen Städtebauförderprogramme sowohl für die kommunale als auch die privatwirtschaftliche Bau- und Investitionstätigkeit von entscheidender Bedeutung. Ohne diese notwendigen Investitionen fällt es den insbesondere den großen Städten zunehmend schwer, die vorhandene innerstädtische soziale, kulturelle und sonstige bauliche Infrastruktur aufrecht zu erhalten und die Städte in ihrer Attraktivität zu erhalten oder weiter zu entwickeln.

Die Verwaltung versteht den Antrag so, dass die Stadt Halle (Saale) sich in eigener Initiative, wie bereits als Reaktion auf angekündigten Kürzungen im Jahr 2010, an den Bund wenden und die Rücknahme der Einschnitte bei der Städtebauförderung einfordern soll.